

Riesaer Tageblatt

Gelehrte
Tageblatt Riesa.
Bogen Nr. 20.
Schrift Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postleitzettel
Dresden 1500.
Schriftsteller:
Riesa Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Nr. 248.

Montag, 22. Oktober 1928, abends.

81. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,50 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschluss für den Fall des Wintersatzes von Druckkosten und Materialienpreisen wird mit dem Recht der Verkürzung und Nachforderung vorliegen. Beispiele für die Kosten des Druckes sind bis 9 Uhr sonntags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewalt für das Schreiben an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Grundpreis für bewilligte Kosten erhältlich, wenn die Zeitung verfällt, durch Klage eingesetzten werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Fälligkeitszeit: Riesa. Nachträgliche Unterhaltungsbelastung führt auf jeder Seite auf Abfertigung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Herausgeber und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Schriftsteller: Goethestraße 59. Beantwortet für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Dawesrevision?

Die französischen und englischen Zeitungen sind in diesen Tagen angefüllt mit Nachrichten, Kombinationen, Plänen und angeblichen Ansichten der offiziellen Stellen in Paris und London über die Möglichkeit der Dawesrevision. Parker Gilbert war bekanntlich schon in der Vorwoche in Paris. Er hatte dort mehrere Besprechungen mit Pointacré, über deren Ergebnis nichts positives verlautete. Er reiste dann nach London, deswegen sich dort mit dem englischen Finanzminister Churchill. Und schließlich hörte man, dass Churchill und Parker Gilbert wiederum nach Paris reisten, wo dann, wie verlautet, eine „gewisse Annäherung“ der Ansichten angeblich herbeigeführt worden sein soll. Über das Konkrete dieser Verhandlungen ist der am meisten an dieser Frage interessierte Faktor, nämlich Deutschland, offiziell noch nicht unterrichtet worden. Das belagt zunächst, dass die Pläne, die in Paris oder in London geschmiedet wurden, eine ganz einseitige Stellungnahme der Gegenvartner Deutschlands zur Frage der Revision des Dawesplans oder der Festlegung der Reparationssumme darstellen. Erst wenn diese Vorschläge genau formuliert und präzisiert vorliegen, und Deutschland sich über die Durchführbarkeit dieser Vorschläge geäußert hat, kann man sagen, ob die letzte Initiative des Reparationsagenten in Paris und in London den gesuchten Fragenkomplex einer befriedigenden Lösung nähergebracht hat oder nicht.

Wenn man sich trotz der fehlenden Voraussetzungen für die Durchführbarkeit der neuen Ansichten Parker Gilberts mit den Verhandlungen in London und Paris näher beschäftigen muß, so liegt dies in der Hauptsache an den Bedenken, die die tatsächliche Einstellung der amtlichen französischen und englischen Stellen zur deutschen Zahlungsverpflichtung jedem objektiven Beobachter des ganzen Problems förmlich aufzuzeigen. Sowohl in Frankreich als auch in England macht sich ganz gleichlautend das Streben bemerkbar, die Verschmelzung der ehemaligen europäischen Ententeallianzen an die Vereinigten Staaten zur Grundlage der Führung der Gesamtgestaltung Deutschlands zu machen. Also man sagt in London: souverän müssten wir Engländer den Amerikanern, souverän müssten wir also auch von den Deutschen als Windeschein erhalten. Die gleiche Rechnung steht auch Paris auf. Hier aber mit der Erweiterung, dass die auf den französischen Partner zu entfallenden deutschen Reparationssummen nicht nur die Schuldenumme Frankreichs an die Vereinigten Staaten, sondern auch die Kosten für den Wiederaufbau der durch Kriegshandlungen zerstörten Gebiete des Landes in sich schließen müssten. Dieser englisch-französische Rechnung wird Deutschland sehr gut mit dem Einwand begegnen können, dass das Reich durch den Versailler Vertrag nur zu einer Wiederherstellung der Bürgschaften angehalten sei, doch über diese Bürgschaften mit der Schuldenumme der europäischen Schuldner Amerikas nicht das geringste zu tun habe. Deutschland wird mit dem Recht, das ihm hier der Versailler Vertrag gibt, sich auf den Standpunkt stellen können, dass bei der endgültigen Fixierung der deutschen Reparationssumme selbstverständlich nur diese Bürgschaften und nichts anderes zur Grundlage der Verhandlungen zu machen seien. Die augenblicklich eine Rechnung auf, die rechtlich mit dem Reparationsproblem als solchem gar nichts zu tun hat. Die englischen und französischen Herren addieren ihre Schuldenverpflichtungen an eine dritte Macht, rechnen dann zu dieser Summe noch die Kosten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich hinzu und sagen dann: diese Gesamtsumme stellt die endgültige Fixierung der deutschen Reparationsleistung dar.

Das Verbleibe dieses englisch-französischen Rechengepus wird noch übertroffen durch eine Vorberührung, die sich anscheinend jetzt auch Parker Gilbert zweigen gemacht hat und die nichts Geringeres vorliegt, als mit der Fixierung der deutschen Reparationssumme auch die Transferklausel fallen zu lassen. In Frankreich und in England hat man sehr gut eingesehen, dass die Transferklausel eine sehr wichtige Schutzmaßnahme für Deutschland darstellt, denn man erfasst sich dort bereit, den deutschen Verlust auf dieses im Dawesplan festgelegte Sicherheitsventil durch entsprechende Ränderungen in der Festlegung der Reparationssumme zu „begleiten“. In Deutschland könnte man sich mit einem solchen Vorschlag einverstanden erklären, vorausgesetzt natürlich, dass man sich über die Gegenleistung für den deutschen Verlust auf die Transferklausel einigt. Um die Bedeutung des Transferprinzips für Deutschland zu erkennen, muss man sich zunächst einmal vergegenwärtigen, welche Schutzwirkung dieser Klausel bewirkt. Nach der im Dawesplan enthaltenen Transferklausel darf nur jenes an Reparationsleistungen in ausländische Währung übertragen werden, als ohne Geldebdingung der deutschen Währung möglich ist. Das heißt, es darf mit solange deutsche Valuta angeboten werden, wie gleichzeitig Nachfrage des Auslandes nach deutscher Valuta besteht. Die Transferklausel schützt also Deutschland in Verfolg seiner Reparationsleistungen vor der Inflation. England und Frankreich werden zwar sicherlich erklären, dass Deutschland in den vier Jahren der Durchführung des Dawesplanes prompt bezahlt habe und dass die Transferklausel in dieser Zeit in keiner Weise praktisch in die Erteilung getreten wäre. Demgegenüber ist zu sagen, dass Deutschland ja keine Reparationen aus dem Überschuss seiner Wirtschaft geleistet hat, sondern sich zu drei Vierteln das Geld von Amerika lebt, das dann zum großen Teil in der Gestalt von Reparations-

Hugenbergs und Bestarts Programm.

Die Tagung der deutsch-nationalen Parteivertretung abgeschlossen.

Gedächtnisfeier für Heßlerich.

Hugenberg zum Vorsitzenden der deutsch-nationalen Volkspartei gewählt.

X Berlin. In der Sonnabend-Sitzung der Parteivertreter der deutsch-nationalen Volkspartei wurde Herr Geheimrat Hugenberg zum Parteivorsitzenden gewählt. Das Stimmverhältnis wurde nicht bekannt gegeben. Hugenberg nahm die Wahl an.

Die Neuwahl desstellvertretenden Parteivorsitzenden soll in einer noch vor Weihnachten stattfindenden Parteivertretertagung vorgenommen werden. Die bisherigenstellvertretenden Vorsitzenden Schlanke-Schöninen und Wallraf werden bis dahin ihre Geschäfte weiterführen.

X Berlin. Ueber die Sitzung der deutsch-nationalen Volkspartei wurde folgender Bericht ausgegeben:

Die Parteivertretung der deutsch-nationalen Volkspartei hielt am Sonnabend im Reichstage die zur Neuwahl des Parteivorsitzenden abberaumte Sitzung ab. Der Wahl ging eine programmatische Aussprache voraus, die von Graf Weltzky eröffnet wurde. Nach deren Beendigung wurde die Wahl des Vorsitzenden vorgenommen. Herr Geheimrat Hugenberg, der als einziger zur Wahl stand, wurde gewählt und nahm die Wahl an. Seine Wahl wurde durch lebhafte Beifall der gesamten Versammlung begrüßt. Herr Geheimrat Hugenberg übernahm den Vorsitz mit einer kurzen Erklärung. Er sagte zu, dass er ihm überzeugend im Sinne der Förderung der Freiheit, Kraft und Einigkeit der Partei ausüben werde. Daran knüppte er herzhafte Worte des Dankes an den bisherigen Vorsitzenden Grafen Weltzky, den die Versammlung durch Erheben von den Stühlen ehrt. Hierauf wurde die Versammlung auf Sonntag vormittag 12 Uhr vertagt.

X Berlin. Ueber die Sonnabend-Sitzung der deutsch-nationalen Parteivertretung wird von der deutsch-nationalen Pressestelle eine Mitteilung ausgegeben, in der es heißt: „Die deutsch-nationalen Parteivertretung legte am Sonntag, dem Tage der Berücksichtigung Oberösterreichs durch das Wiener Abkommen ihre Aussprache fort. Sie wurde durch eine Kurze von Graeffens Wallraj politische Gedächtnisfeier für Karl Heßlerich eingeleitet. Dabei wurde der Karl Heßlerich-Preis an den diesjährigen Preisträger, den Studenten der Rechte, Hans Georg von Ribbeck, übergeben. Die daraus vorstehenden Geheimrat Hugenbergs eröffnet, an die die höchste Rieger des Fraktionsführers Graf Weltzky schloss. Unter dem tiefen Eindruck beider Reden beschloss die Versammlung einstimmig, die Tagung ohne Aussprache zu schließen.“

Geheimrat Hugenberg ging in seiner Rede vor der Parteivertretung davon aus, dass er den Grundsatz mancher Partei: „Noch und die Sinti-Hut“ niemals mitnehmen werde. Deutschland sieht vor dem Ergebnis eines falschen politischen Rechenelements. Die deutsche Politik habe es nicht erreichen können, dass sie die Hoffnungen der im wesentlichen von Heßlerich durchgeföhrten Stabilisierung der deutschen Währung erfüllen. Die Politik Dr. Stresemanns habe nicht alle Möglichkeiten ausgenutzt. Im Gegenseite zum Ende dieser Politik hätten sich England und Frankreich wiedergefundet, und zwar ohne Deutschland.

Die entscheidende Frage der heutlichen Außenpolitik sei nun, ob Deutschland Gleiches tanze, das Schlachtfeld der Welt zu werden. Dies mit allen Mitteln zu verhindern, sei die Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Das erneute Problem

sitzungen über Frankreich und England nach Amerika zurückgelassen ist. Wenn also Deutschland in den letzten Jahren von der Transferklausel keinen Gebrauch machen brauchte, so liegt dies nicht an der Tatsache, dass die Transferklausel überflüssig ist, sondern an den deutschen Auslandskrediten. Deutschland wird sich daher nur zu einem Verzicht auf die Sicherheit der Transferklausel verstehen können, wenn der Wert dieser großen Verzichtserstattung der Gegenseite entsprechend vergütet wird. Es ist aber kaum anzunehmen, dass man sich in letzter Zeit über diesen Wertbegriff einigen wird.

Das Ergebnis der französischen Generalratswahl.

* **Paris.** Die Stichwahlen zu den Generalratswahlen, die gestern stattfanden, haben für die 239 zu vergebenden Stimmen folgende Ergebnisse gebracht: Rechtsradikale 8, Republikanisch-Demokratische Vereinigung (Marini) 60, Linksbürgerliche 22, Rechtsradikale 20, Radikale 88, Sozialrepublikaner 15, Sozialisten 48, Kommunisten 12.

* **Paris.** Bei den Stichwahlen zu den Generalrats-

der inneren Lage sei die ungeheure Verschuldung. Wenn diese Form der Wirtschaft noch Jahre fortgesetzt werde, sei Deutschland ausverkauft, und das Ende der deutschen Wirtschaft sei erreicht. Es gebe dagegen nur ein Ziel: die Verbreiterung der Decke der deutschen Wirtschaft. Der höchste Vorwurf gegen einen Politiker laute, dass er kein Herz für die breiten Massen des eigenen Volkes habe. Politik könne nur in dem Ziel bestehen, die Lebensmöglichkeiten für die große Masse des Volkes zu verbessern.

Geheimrat Hugenberg behandelte dann die Verfassungsfragen, ging zu Problemen der Sozialstaatlegung über und betonte dabei, dass niemand an dem Geiste rütteln könne, der die soziale Fürsorge durchziehe. Jeder müsse sich dafür einsetzen, dass für die breiten Schichten des Volkes jede nur mögliche Fürsorge organisiert werde. Aber er sei überzeugt, dass im Interesse der Arbeiterschaft selbst an unserer sozialen Gesetzgebung manches geändert werden müsse. Es müsse verhindert werden, dass die sozialen Einrichtungen ein Machtwort einer einzelnen Partei oder einer einzelnen Richtung würden. Für die bauliche Landwirtschaft bestünde die Gefahr, dass sie in die Hände des internationalen Kapitals oder einzelner partei-politischer Richtungen gerate. Alles materielle Geschehen sei aber nicht ohne die richtige geistige Einstellung zu lenken. Es bleibe die Aufgabe der deutsch-nationalen Volkspartei, sich für die Aufrechterhaltung des deutschen Geistes einzusetzen. Dazu gehöre auch, dass man mit den Fehlern des parlamentarischen Systems, mit den zahlseligen und ungünstigen Kommissionssitzungen ein Ende mache, und die auch im Parlament vorhandenen guten Kräfte wieder für gehörige Arbeit einsetze. Die Fraktion sei die Vorwärts, die den politischen Gegner im täglichen Kampf bis in die Kerzen seiner Kraft lassen müsse, die Partei sei die Streitmacht für die große Bewegung. Es bleibe Aufgabe der deutsch-nationalen Volkspartei, die überparteilichen Kräfte der Wirtschaft und der Gewerkschaften anzuregen. Eine Hoffnung habe die deutsch-nationalen Volkspartei, und das sei die Angst vor der Verantwortung, die ihre Gegner beiderseitig. Denn die Verantwortung besteht nicht darin, dass man Kompetenz mache, sondern, dass man die Probleme möglichst meistere. Wenn diese Verantwortung an die deutsch-nationalen Volkspartei übertragen werde, würde sie sich ihr nicht entziehen. Vorher müsse man aber das notwendige Fundament dafür bereit haben. Der deutsche Staat müsse aufgebaut und umgedeutet werden, nicht im weiten Sinne, sondern auf der Basis der Geschichte und der Eigenart des deutschen Volkes. Der Zeitsprung der deutsch-nationalen Politik, welche die Freiheit nach innen und nach außen,

Graf Weltzky

erschöpfte: Das Ende der Diktatorpolitik sei selbstverständlich. In den Reparationsverhandlungen leide er die große Gefahr einer Kommerzialisierung der Diktatur. Er sei nicht staubähnlich gegen eine Kommerzialisierung der Reparationsverhandlungen. Graf Weltzky läuft weiter aus, die Freiheit besteht darin, dass diejenigen Rechten privatwirtschaftlich befreit werden. Dazu kommt, dass Pointacré wahrscheinlich nicht die Endlösung der Reparation, sondern nur die Gestaltung der nächsten dringenden Beschlüsse Frankreichs beabsichtigt. Im Rahmen der inneren politischen Fragen betrachtet Graf Weltzky vor allem das Problem der Verfassungsreform. Er glaubt nicht, dass es zu ersten Reformversuchen kommen werde; wenn beratige Versammlungen gefordert werden sollten, müsse man dazu einen Verfassungsauslöser des Reichstages bilden. Der Zweck der Opposition sei die Gewinnung der Macht, aber es sei leichter, die Interessenpolitik zu leiten, in den Vordergrund zu stellen. Man müsse die Opposition jederzeit so führen, dass man die Macht übernehmen könne.

worben: Der Delegierte bei der Völkerbundversammlung Senator Boms, der sozialistische Abgeordnete und Bürgermeister von Straßburg Seitzkes (der gegen den früheren kommunistischen Abgeordneten Hubert unterlegen ist), der sozialistische Abgeordnete Bébas, der radikale Abgeordnete Damouroux, der antonoministische Abgeordnete von Sablon, der aus dem Polnischen Prozess bekannt gewordene Chailly. Im Département Unter-Saône wurden gewählt die Unionisten, Reichsäger, Lebier, Heil, Bauer und Seizer.

Rund 9000 Wohnungen für Bevölkerungszuwachs.

Nach einer vorliegenden Übersicht hat der Steuerzettel infolge gegenwärtiger von der Bevölkerung im altheiligsten Gebiet beschlagnahmt 8203 reichsweitige Bevölkerungswohnhäuser. Dazu kommen noch 1762 Wohnungen in anderen reichs- und landesherrlichen Gebäuden. In Wohnhäusern und Gebäuden der Gemeinden sind außerdem 3902 Wohnungen beschlagnahmt, sodass insgesamt gegenwärtig im besetzten Gebiet 8867 Wohnungen für Bevölkerungszuwachs reserviert werden. Dazu kommt noch die vollständige Bevölkerung von 14 Schulen und die teilweise Beschaffung von 17 Schulen. Die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen ist nach den letzten Meldungen sogar etwas höher geworden als im Dezember 1927.